

Landesregierung verkennt Wert der Lehrkräfteausbildung

Antragsteller*innen:

Greta Langschwager (LHG) und Lukas Drescher (UDP) für den Hochschulausschuss,
Fritz Herkenhoff (AStA-Vorstand), Laura Falk (AStA-Vorstand),
Daniel Mäckelmann (UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge sich verwundert zeigen, dass sich Lehramtsstudierende künftig negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken sollen.

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Senat aufzufordern, der durch das neue Hochschulfinanzierungs-Modell ausgedrückten Prioritätensetzung der Landesregierung zu folgen, und das Profil "Lehramt an Gymnasien" abzuschaffen. Die Studierenden, die aktuell dieses Profil studieren, sollen in das Profil „Fachergänzung“ überführt werden. Das Studienangebot des Zentrums für Lehrkräftebildung sollte ebenfalls in den Profilbereich des Profils „Fachergänzung“ überführt werden.

Die Konvente der Philosophischen-, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen- und der Technischen Fakultät werden außerdem aufgefordert, die Fachprüfungsordnungen für Kunst (1F M.Ed.), Mathematik (1F M.Ed.) und Informatik (1F M.Ed.) aufzuheben.

Der AStA wird beauftragt, hierzu die angehängte Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Antragsbegründung:

Lehramtsstudierende wirken sich künftig negativ auf die Uni-Finzen aus, da im neuen Verteilungsschlüssel für die Mittel des Landes ein negativer Korrekturfaktor für diese enthalten ist. Dementsprechend sehen wir darin einen Anreiz für die Universitäten, keine Lehramtsstudierenden mehr auszubilden. Entsprechend folgen wir mit unserer Forderung lediglich der offenbaren Prioritätensetzung der Landesregierung.

Die Lehrkräfteausbildung ist primär auch ein Service der Uni an das Land, das so hochqualifizierte Lehrkräfte für die heimischen Schulen bekommt. Lehrkräfte werden aktuell dringend gesucht, daher darf es für die CAU nicht nachteilig sein, zusätzliche Lehrkräfte auszubilden.

Somit ist es aus Sicht der Antragsstellenden angesichts der angeschlagenen Finanzsituation der CAU nur pragmatisch und folgerichtig, das Lehramtsstudium in Kiel aufzugeben. Der Senat sollte

Antrag an das Studierendenparlament

Kiel, den 06. Juni 2025

daher, zum Wohle der gesamten Universität, die entsprechenden Satzungsänderungen vornehmen.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

Studierendenparlament fordert die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der CAU

Obacht! Der folgende Abschnitt könnte ein reales Problem mit einer ironischen Forderung kommentieren.

In seiner Sitzung vom 16.06.2025 wurde der Antrag „Lehramt an der CAU abschaffen“ durch das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beschlossen. In diesem forderten die Mitglieder des Studierendenparlamentes den Senat dazu auf, sich für die Abschaffung der Zwei-Fach Profile für das Lehramt und des 1-Fach Master of Education für Mathematik, Musik und Informatik einzusetzen. Die Studierenden, die diese Profile studieren, sollen in das Profil Fachergänzung geschoben werden.

Grund hierfür ist der vom Land vorgelegte Entwurf zum neuen Verteilungsschlüssel, in welchem sich angehende Lehrkräfte negativ auf die Grundfinanzierung der Hochschulen auswirken. Hierbei sind aufgrund ihres hohen Anteils an Lehramtsstudierenden vor allem die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Europa-Universität Flensburg betroffen. Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel möchte mit der Forderung die Implikationen des Modells an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel umgesetzt sehen. Denn wenn die Lehrkräftebildung für das Land Priorität hat, würde das Land niemals einen negativen Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende einführen. Daher wird angenommen, dass der bisher geleistete Service der Universitäten, für das Land die Lehrkräfte auszubilden, die für einen funktionierenden Schulbetrieb benötigt werden, nicht mehr nachgefragt wird. Das Studierendenparlament hat leider bisher keine Kenntnis darüber, woher die Lehrkräfte in Zukunft kommen sollen, jedoch waren die Antragsteller*innen davon überzeugt, dass das Bildungsministerium hier eine gute Idee hat und unter keinen Umständen eine kurzsichtige Entscheidung im Bereich der Bildung trifft. Wir lassen uns in dieser Annahme auch nicht von der Kritik des Landesrechnungshofs irritieren.

„Wir als allgemeiner Studierendenausschuss begrüßen den Beschluss des Studierendenparlamentes und werden uns mit aller Kraft für die Abschaffung des Lehramtsstudiums an der Christian-Albrechts-Universität einsetzen. Wir vertrauen darauf, dass es eine gute Begründung für den negativen Korrekturfaktor bei Lehrämter*innen gibt, das Ministerium diesen aber bisher für sich behält. Daher fordern auch wir die Christian-Albrechts-Universität dazu auf, auf die hier gesetzten Anreize zu reagieren“, sagt Fritz Herkenhoff, Mitglied des Vorstands des allgemeinen Studierendenausschusses.

Obacht! Im folgenden Abschnitt wird ernsthaft über die Problematik des CHE-Modells geredet

Die Anwendung des CHE-Modells zur Mittelvergabe bei den Hochschulen ist für uns weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Selbst das CHE hat angemerkt, dass das Modell eine Grundlage für die politische Diskussion und eine Beschreibung des Status Quo außerhalb von Schleswig-Holstein ist. Dass dieses Modell jetzt im Hauruckverfahren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein eingeführt werden soll, halten wir für nicht sinnvoll. Zudem ist der negative Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende in Zeiten von Lehrkräftemangel vollkommen unsinnig und die im Bildungsausschuss vorgebrachte Begründung fernab der Realität. Gerade vor dem Hintergrund der Verwaltungsgebühren/Verwaltungskostenbeiträge, die Studierende belasten werden, ist es eine Frechheit vonseiten des Ministeriums, den 25000 CAU-Studierenden im Gegenzug eine fast zehnpromzentige Kürzung des Budgets der Universität aufzubürden. Das Ministerium zeigt hier einmal mehr, dass es sich nicht für die Belange von Studierenden interessiert und opfert die langfristige Entwicklung des Landes für eine kurzfristige Schönung seines Haushalts.

„Wir fordern, dass das Land ernsthaft in die Bildung investiert und sich dafür einsetzt, dass das Bildungssystem langfristig auskömmlich ausfinanziert wird. Der Wissenschaftsrat hat bereits festgestellt, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein um 7% unterfinanziert ist. Das Land sollte diese Lücke verkleinern und sich nicht dafür rühmen, dass die Unterfinanzierung lediglich nicht noch größer geworden ist.“, bemerkt Laura Falk, Mitglied des AStA-Vorstands.